



Positionspapier 07/2018

Selbstständigkeit fördern – Innovationen & Start-ups stärken

Jede/r zehnte Deutsche ist selbstständig und die Anzahl insbesondere der Soloselbstständigen steigt stetig. Insgesamt aber ergibt sich ein negativer Gründungssaldo: Die Neugründungen reichen nicht aus, um die Liquidationen auszugleichen. Dabei sind Selbstständigkeit und Unternehmergeist wichtige Treiber von Innovation¹. UnternehmensGrün, der Bundesverband der grünen Wirtschaft, macht Vorschläge, wie neue Freiräume für den Sprung in die Selbstständigkeit geschaffen werden und dadurch die Anzahl von Gründungen steigen könnten.

Innovationen sind der Treiber für eine ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft. Durch sie werden zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings leben nicht alle (Solo-) Selbstständigen in der hippen Start-up-Welt. Mit zunehmender Flexibilisierung der Arbeitswelt durch Dezentralisierung, Digitalisierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes wandeln sich Beschäftigungsverhältnisse spürbar. Immer mehr Menschen arbeiten in so genannten atypischen Formen über Werkverträge oder Subunternehmertum. Nicht wenige geraten dabei in eine Scheinselbstständigkeit.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Soloselbstständigen, also der Selbstständigen ohne Angestellte, fast verdoppelt². Dennoch ist die Anzahl der Neugründungen insgesamt rückläufig und auch der Gründungswille ist seit der Finanzmarktkrise gesunken. Laut DIHK befindet sich das Land in einer „Gründungsmisere“. Bereits im sechsten Jahr in Folge gab es in 2017 weniger Beratungsgespräche zu Gründungen in den Industrie- und Handelskammern³ - erstmals lag die Zahl der IHK-Gespräche mit Gründer_innen unter 200.000, der fünfte Negativrekord in Folge. Auch der KfW-Gründungsmonitor 2017⁴ unterstreicht diese Aussage.

Nicht zuletzt ist das soziale Risiko beim Gang in die Selbstständigkeit noch immer sehr hoch. Gerade die Startphase eines Unternehmens ist besonders krisenanfällig und fordert Unternehmer_innen heraus, da sie neben ihrem eigenen Unterhalt nur sehr schwer die Kosten für soziale Absicherung erwirtschaften können. Gleichzeitig stehen sie vor bürokratischen Hürden, die das Gründen langwierig und administrativ aufwändig werden lassen.

Forderungen von UnternehmensGrün

UnternehmensGrün fordert die Umsetzung von folgenden Maßnahmen, damit das Gründungsklima und die Situation von Start-ups in Deutschland verbessert wird und (Solo)Selbstständigen mehr Spielraum für Innovationen erhalten:

¹ Monika Piegeler 2015, Entrepreneurship und Innovation

² IFM 2016, <http://www.institut-fuer-mittelstandsforschung.de/neue-selbstaendigkeit/forschungsschwerpunkte/soloselbstaendigkeit>

³ DIHK 2017, Gründerreport 2017

⁴ KfW-Gründungsmonitor 2017, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Gr%C3%BCndungsmonitor-2017.pdf>



Förderung und Coaching: Die auf Förderverhinderung angelegte Handhabung des Vermittlungsvorgangs bremst Gründungen aus. Konkret heißt das, Gründungswillige bekommen keinen Gründungszuschuss (der als Sozialleistung gilt), solange sie hinsichtlich ihrer Qualifikationen in freie und gemeldete Arbeitsstellen vermittelbar sind.⁵

UnternehmensGrün fordert, die Gründungszuschüsse fortzusetzen und deren Kriterien praxisnäher und großzügiger zu gestalten. Dabei muss der Zugang zu Förderprogrammen niedrighschwelliger gestaltet werden. Für den Start aus der Arbeitslosigkeit muss es intensive Förderung geben. Statt immer neuer Bewerbungstrainings sollten Basics für die Selbständigkeit vermittelt und Interessierten Weiterbildungsmöglichkeiten geboten werden.

Social Entrepreneurship/ Gründungszuschuss: Um Gründer_innen den nötigen Freiraum für den Aufbau eines Social Startups zu ermöglichen, sollte für die Anlaufphase zumindest der persönliche Lebensunterhalt sichergestellt werden, fordert beispielsweise der SEND e.V., Fachverband für Social Entrepreneurship. Bereits im Koalitionsvertrag 2013 fand sich die Idee einer „Gründungszeit“ analog der Elternzeit. Dieses Vorhaben wurde aber nie umgesetzt. Zudem wurde der Gründungszuschuss, als etabliertes Instrument für Gründungsvorhaben aus der Arbeitslosigkeit, durch die Umstellung von einer gesetzlichen Pflichtleistung in eine Ermessensleistung mit Vermittlungsvorrang auf dem Arbeitsmarkt zum zahnlosen Tiger. Das Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland (SEND e.V.) kritisiert, dass der Gründungszuschuss nun für viele Gründer_innen in Zukunfts- und Wachstumsmärkten sowie im sozialen Sektor nicht mehr zugänglich ist, da es in diesen Bereichen kaum offene Arbeitsplätze gibt. Problematisch ist außerdem, dass die Gründungsförderung in den vergangenen Jahren systematisch gekürzt wurde.

Gemeinsam mit dem SEND e.V. fordert UnternehmensGrün daher, dass zukünftige Programme nicht nur den Gründungen im rein ökonomischen Kontext zur Verfügung stehen, sondern auch für Gestalter_innen im Umfeld gesellschaftlicher und sozialer Innovationen nutzbar sind. Die Mittel zur Gründungsförderung sollten erhöht werden.

Diversität: Viele Beratungsangebote sind auf den klassischen männlichen Weißen als Ansprechpartner ausgelegt, viele Bevölkerungsgruppen werden dadurch gar nicht angesprochen. So liegt das Potenzial bspw. von Frauen und Migrant_innen für Existenzgründungen weitgehend brach, weil ihre spezifischen Informations- und Förderbedürfnisse nicht ausreichend berücksichtigt werden. Im Jahr 2017 lag der Frauenanteil bei Gründungen bei 14,6%⁶. Eine Studie der Uni Hohenheim beziffert das Potential, das durch gezieltere Förderung von Gründerinnen entfaltet werden kann⁷.

UnternehmensGrün fordert daher, dass Vorabinformation zum Thema Gründung individuell vermittelt werden, um auch Gruppen zu erreichen, die nicht dem Bild des typischen Gründers entsprechen, z. B. Alleinerziehende, Frauen, Migrant_innen und ältere Mitbürger_innen. Sehr wichtig wären Gründungscoachings und begleitendes Mentoring über die ersten Jahre. Gleichzeitig sollte ökonomische Bildung bereits in der Schule beginnen⁸. Wirtschaft als Pflichtfach oder Projekte wie Schülerfirmen sollten zum schulischen Alltag gehören.

⁵ Vgl. Entscheidung des Sozialgerichts Stuttgart, Az.: S 5 AL 3966/12

⁶ 3. Deutscher Start-up Monitor: http://deutscherstartupmonitor.de/fileadmin/dsm/dsm-17/daten/dsm_2017.pdf

⁷ <http://gruender.wiwo.de/untersuchung-wirtschaftsfoerderung-fuer-start-up-gruender-erreicht-frauen-nicht/>

⁸ UnternehmensGrün hat bereits einige Projekte im Bereich wirtschaftliche Bildung für Nachhaltige Entwicklung durchgeführt, u.a. „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ (Förderung: Ministerium für Umwelt, Klima und



Soziale Absicherung: Viele Selbstständige sehen sich mit zu hohen Mindestbeiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung konfrontiert, die auf Grundlage eines unterstellten monatlichen Einkommens von mindestens 1968,75 € berechnet werden. Auch in den Bereichen Altersarmut und bei der Absicherung für (werdende) Eltern mittels Mutterschutz bzw. Elterngeld zeigen sich zahlreiche Probleme. Neue Modelle der Arbeitsorganisation, die zur Auslagerung von Arbeitsplätzen und zu Werkverträgen führen, bringen nicht nur Chancen, sondern vor allem Unsicherheiten für die betroffenen Gründer_innen mit sich. Dagegen werden einige Freiberufler_innen durch die geltenden Kriterien zu Unrecht als scheinselfständig klassifiziert.

UnternehmensGrün fordert, dass alle Selbstständigen Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung bekommen. Ein umstandsloser und möglichst verlustfreier Wechsel zwischen den Systemen muss gewährleistet sein. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung müssen für Kleinunternehmer_innen angepasst und eine Einstiegszone analog zur Gleitzone (sog. „Midijob“) etabliert werden

Finanzierung: Es existieren zwar viele staatliche Finanzierungsinstrumente und Beratungsangebote, doch erfordert deren Inanspruchnahme und Erschließung hohen bürokratischen Aufwand. Dazu kommt: Unternehmer_innen sind für private Darlehensgeber_innen oft weniger vertrauenswürdig als Angestellte in eben diesen Unternehmen. Viel Potenzial steckt im Aufbau von Matchingfonds für gegenleistungsbasiertes Crowdfunding, was von immer mehr Gründer_innen als Instrument für den Markteintritt genutzt wird. Über Crowdfunding-Plattformen wie Startnext oder Kickstarter⁹ erhalten diese nicht nur ihre Startfinanzierung über eine passende Zielgruppe, sondern verbinden die Finanzierung mit einem ersten Markttest und einer Kommunikationskampagne.

Um Neugründungen in Deutschland attraktiver zu machen, fordert UnternehmensGrün flexiblere Finanzierungsstrukturen. Dazu gehört auch die Einführung des durch die große Koalition versprochene Venture-Capital-Gesetz, das Deutschland im Bereich des Wagniskapitals endlich ins 21. Jahrhundert katapultieren würde, sowie neue Formen von Mikrokrediten wie dem „GründungsbafoG“ während der „Gründungszeit“. Letztere spielen vor allem für wenig kapitalintensive Start-Ups in der Kreativwirtschaft eine zunehmend große Rolle.

Infrastruktur: In urbanen Räumen gibt es den flächendeckenden Zugang zu Breitband-Internet etc., doch im ländlichen Raum kann der Zugang deutlich schwieriger sein. Der flächendeckende Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in allen Regionen Deutschlands ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Unternehmensgründungen auch in strukturell eher schwachen Gebieten.

UnternehmensGrün fordert daher, einen zeitnahen und erschwinglichen Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur u.a. Breitband-Internet auch in ländlichen Gebieten.

Bürokratie: Die Gesetzgebung stellt Gründer_innen zum Teil vor hohe bürokratische Hürden. Anstatt eines „One-Stop-Shops“ müssen Existenzgründer_innen in Deutschland bis zu neun verschiedene Stellen anlaufen, bis ihre GmbH gegründet ist. Nach der erfolgreichen Gründung sehen sich Selbstständige schließlich mit monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungen und diversen anderen bürokratischen Hürden konfrontiert.

UnternehmensGrün fordert einen Abbau von bürokratischen Hemmnissen für Gründer_innen und Selbstständige. So muss entsprechend der EU-Dienstleistungsrichtlinie endlich ein funktionierendes

Energiewirtschaft Baden-Württemberg) und StartGreen@School, dessen Ziel die Förderung nachhaltiger Gründungen an Schulen ist (Förderung: Nationale Klimaschutzinitiative).

⁹ <https://www.engadget.com/2016/07/28/kickstarter-study-jobs-revenue/>



System einheitlicher Ansprechpartner_innen in Deutschland geschaffen werden, um Gründungen niedrigrschwelliger und attraktiver zu gestalten. Daneben sollte Bürokratie in Form von monatlicher Umsatzsteuervoranmeldung, Korrespondenz mit Behörden, Prüfungen bei Mitarbeitenden (VB, DRV, Finanzamt etc.) abgebaut werden. Die Digitalisierung schafft hier entsprechende neue Möglichkeiten.

Scheinselbstständigkeit: Durch die geplante Verschärfung des Werkvertragsrechts werden noch mehr Freiberufler_innen als Scheinselbstständige klassifiziert. Ein Verlust von Aufträgen ist zu befürchten.

UnternehmensGrün fordert in Bezug auf Scheinselbstständigkeit eine Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggebenden. Nachweispflicht und Rechtsfolge müssen eindeutig geklärt werden. Es muss klar sein, wer bei Verstößen Sozialversicherungsbeiträge nachzuzahlen hat. Gleichzeitig müssen Bezahlstrukturen bspw. in pflegerischen Berufen überprüft werden, um Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Nicht zuletzt muss ein System implementiert werden, mit dem sich Scheinselbstständigkeit sicher identifizieren lässt, um die neue Gesetzgebung anwenden zu können.

Umdenken heißt Innovationen stärken

Innovationen sind die Triebfeder allen wirtschaftlichen Handelns. Auch soziale und ökologische Verbesserungen entstehen ohne innovative Entrepreneurs und Selbstständige langsamer. Zwangsläufig tragen Gründer_innen ein hohes persönliches Risiko, da sie das System der sozialen Absicherung teilweise verlassen. Im Gegenzug dazu können sie ihre gesamte Kreativität selbstbestimmt in ihren Projekten bündeln. Entsprechend dem „Entrepreneurship 2020 Action Plan“ der Europäischen Kommission fordert UnternehmensGrün, den Unternehmer_innengeist stärker zu fördern. Entrepreneurship, Innovation, Risiko und Kreativität müssen zusammen gedacht und gestärkt werden.